



---

---

## Rechtsausschuss

### 1. Sitzung (Sondersitzung) (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>

7. September 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>3</b>
<b>1</b>	<b>Konstituierung</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Neuer Sachstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den polizeilichen Vorkommnissen in Dortmund am 08.08.2022 (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])</b>	<b>5</b>
	Vorlage 18/78	
	Vorlage 18/84	
	Vorlage 18/85	

– Wortbeiträge

\* \* \*

---

<sup>1</sup> nichtöffentlicher Teil mit TOP 3 siehe nöAPr 18/10,  
vertraulicher Teil mit TOP 4 siehe vAPr 18/3



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil** teilt mit, die Einberufung des Ausschusses sei auf Antrag der Fraktion der SPD auf eine Sondersitzung erfolgt.

Zunächst werde sich der Ausschuss konstituieren, und anschließend werde die Landesregierung zum Sachstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den polizeilichen Vorkommnissen in Dortmund am 8. August 2022 berichten. Sollte es notwendig sein, werde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und eine nichtöffentliche Sitzung durchgeführt, in der die Vertraulichkeit separat hergestellt werde.

## 1 Konstituierung

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Der Landtag hat in seiner Sitzung am 30. Juni 2022 auf Grundlage der Drucksache 18/86 einen Rechtsausschuss eingesetzt, der aus 14 Mitgliedern besteht. Die Fraktionen sind im Ausschuss wie folgt vertreten: CDU fünf Mitglieder, SPD vier Mitglieder, Bündnis 90/Die Grünen drei Mitglieder, FDP ein Mitglied, AfD ein Mitglied.

In seiner Sitzung am 24. August 2022 hat der Ältestenrat gemäß § 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen die Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter verteilt. Der Vorsitz des Rechtsausschusses steht demnach der Fraktion der FDP zu, der stellvertretende Vorsitz der Fraktion der CDU. Nach der Benennung durch die berechtigten Fraktionen hat der Landtagspräsident den Landtag mit der Drucksache 18/662 darüber unterrichtet, dass ich, Dr. Werner Pfeil, Vorsitzender und der Abgeordnete Dr. Jörg Geerlings stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses sind.

Sprecherin der CDU ist Frau Angela Erwin, Sprecherin der SPD ist Frau Sonja Bongers, Sprecherin der Grünen ist Frau Dagmar Hanses, Sprecher der FDP bin ich und Sprecher der AfD ist Herr Klaus Esser.

Ich stelle fest, dass sich der Rechtsausschuss der 18. Wahlperiode hiermit konstituiert hat.

Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen in den nächsten fünf Jahren. Verwaltungsseitig erfolgt die Betreuung des Ausschusses durch Herrn Markus Müller.

**2 Neuer Sachstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den polizeilichen Vorkommnissen in Dortmund am 08.08.2022 (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])**

Vorlage 18/78

Vorlage 18/84

Vorlage 18/85

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Es liegen folgende schriftliche Berichte vor: ein schriftlicher Bericht der Landesregierung an den Innen- und an den Rechtsausschuss Vorlage 18/78, ein aktueller Bericht der Landesregierung Vorlage 18/84 sowie die kurzfristig ausgestufte Vorlage 18/85, die heute Vormittag verteilt worden ist.

Ich darf zunächst dem Minister der Justiz, Herrn Limbach, bitten, einzuführen und sein Statement abzugeben.

(Sonja Bongers [SPD] meldet sich zu Wort.)

– Frau Bongers.

**Sonja Bongers (SPD):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, wir beantragen ein Wortprotokoll. Das wollte ich vorab sagen, bevor es hinterher zu spät ist.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Bongers, vielen Dank. Wortprotokoll ist beantragt, wird erstellt.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann gebe ich dem Minister der Justiz das Wort.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Ich habe überlegt: Das letzte Mal, dass ich im Rechtsausschuss war, war, als der Rechtsausschuss bei mir getagt hat, nämlich an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, eine auswärtige Sitzung des Rechtsausschusses. Ich glaube, die Abgeordnete Hanses war schon damals dabei, der Abgeordnete Wolf genauso. Diejenigen, die sonst von den Kolleginnen und Kollegen dabei waren, haben hoffentlich den Tag so schön in Erinnerung, wie ich ihn habe. Es war damals eine große Ehre für die Fachhochschule für Rechtspflege, dass der Rechtsausschuss seine auswärtige Sitzung einmal nicht in einer Justizvollzugsanstalt oder in einem Gericht abgeleistet hat, sondern in einer Ausbildungseinrichtung der Justiz. Mir und meinen Mitarbeitern ist das damals sehr in Erinnerung geblieben. Damals hätte ich nicht gedacht, dass ich in dieser Funktion mal wieder im Rechtsausschuss sitze. Das ging mir heute durch den Kopf.

Jetzt zu dem Tagesordnungspunkt.

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst möchte ich deutlich zum Ausdruck bringen, dass der Tod des jungen Geflüchteten mich und alle Angehörigen meines Hauses, auch diejenigen in der Justiz, die mit der Sache befasst sind, zutiefst betroffen gemacht hat, zumal es nach der Berichtslage bei dem Einsatz genau darum gehen sollte, den jungen Mann vor seinem Tod zu bewahren. Der Familie

des Verstorbenen und seinem persönlichen Umfeld gilt unsere aufrichtige und tief empfundene Anteilnahme.

Ich verstehe gut, dass der Fall in der Bevölkerung und vor allem bei Menschen mit Migrationshintergrund zu Fragen und ernstzunehmenden Sorgen Anlass gibt. Nicht alle Fragen können zum jetzigen Zeitpunkt beantwortet werden. Anspruch aber ist, den Sachverhalt vollständig aufzuklären, um entsprechende Rückschlüsse ziehen zu können.

Mit dieser Sachverhaltsaufklärung ist die zuständige Staatsanwaltschaft Dortmund befasst. Mir ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte inhaltlich unabhängig sind und ohne Ansehen der Person ermitteln.

Der Staatsanwaltschaft obliegt die Entscheidungshoheit über die Ermittlungen. So schwer es auch mir fällt, gilt es, das Ergebnis der noch andauernden Ermittlungen abzuwarten. Zahlreiche Details, auf die auch Ihre berechtigten Fragen zielen werden, sind noch ungeklärt. Bis zu einer solchen Klärung – auch das darf ich in Erinnerung rufen – streitet für die Beschuldigten die Unschuldsvermutung.

Mir ist auch wichtig, dass größtmögliche Transparenz hergestellt wird. Deswegen habe ich Ihnen bereits vor der heutigen Sitzung einen schriftlichen Bericht zum aktuellen Sachstand übermittelt. Ergänzend kann ich Ihnen mitteilen, dass nach der Berichtslage der Tonmitschnitt des Notrufs bis zur späteren Schussabgabe erfolgte und nun ausgewertet wird.

Eine ergänzende Unterrichtung kann erfolgen, wenn ein nichtöffentlicher Teil der Sitzung vorgesehen und Vertraulichkeit hergestellt wird. Hierfür bitte ich um Verständnis, weil es sowohl Persönlichkeitsrechte als auch eine mögliche Gefährdung des Ermittlungserfolges zu beachten gilt. – Danke sehr.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Zunächst sind wir im öffentlichen Teil. Da würden jetzt Fragen der Abgeordneten zugelassen, die im inneren Kreis sind. Ich weiß, es sind auch Mitglieder des Innenausschusses hier; die haben heute hier kein Fragerecht, sondern morgen.

Wir würden jetzt in die öffentliche Debatte einsteigen. Wenn danach die Nichtöffentlichkeit gewünscht ist und hergestellt wird, können weitere Fragen beantwortet werden, die heute in öffentlicher Sitzung nicht beantwortet werden können. Herr Dr. Burr ist da, um weitere Fragen zu beantworten.

Frau Bongers.

**Sonja Bongers (SPD):** Recht herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Dr. Limbach, auch Ihnen einen recht herzlichen Dank für den Bericht, den wir heute Morgen bekommen haben. Es ist wirklich ein ernstgemeintes Lob. In der Vergangenheit war es leider nicht so, sodass wir häufig mit Berichten in mündlicher Form in den entsprechenden Sitzungen konfrontiert wurden. Ich setze voraus, dass sich das so fortsetzt. Das zu dem Vorgehen.

Der Fall, den wir hier heute erörtern wollen, ist ein absolut tragischer. Er endete mit dem Tod eines jungen Menschen. Das ist immer tragisch. Dieser Vorfall zeigt eine besondere Tragik.

Wir haben viele Berichte bekommen, die wir teilweise gar nicht mehr selbst einordnen können. Insofern war das Verlangen groß, eine heutige Sondersitzung des Rechtsausschusses durchzuführen. Sie wissen alle, es sind die Bereiche der Justiz und die Bereiche des Innenministeriums betroffen. Wir konnten sehr viel in der Presse lesen. Uns ist klar, dass das, was wir heute besprechen können, nicht das Ende der Ermittlungen darstellen kann, aber für uns ist es wichtig, Zwischenfragen zu stellen. Wenn diese gleich von Ihnen erst im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden können, haben wir dafür Verständnis. Ich würde jetzt aber gerne mit einer konkreten Frage anfangen.

Ich habe gerade gesagt, wir haben sehr viele Berichte bekommen und auch sehr viel in der Presse lesen können. Ich frage jetzt ganz konkret: Können Sie einmal ganz transparent und vielleicht auch in einer bildlichen Sprache darstellen, wie viel Zeit zwischen dem konkreten Notruf, dem Eintreffen der Beamten und der Abgabe der tödlichen Schüsse verging? Das wäre ein konkreter Punkt.

Darüber hinaus bitte ich Sie, wenn es Ihnen möglich ist, darzustellen, wie viele Beamte konkret welche Position auf dem Innenhof eingenommen haben. Wir haben uns mal die Mühe gemacht und uns dank Google Maps den Hof von oben anschauen können. Dort ist wirklich festzustellen, dass es nur eine Ein- oder Ausfahrt gibt und dass dieser Bereich eigentlich sehr gut einsehbar und auch abgegrenzt ist. Insofern ist es für uns unverständlich, warum beispielsweise auch Schüsse durch den Zaun abgegeben wurden.

Für uns ist also wichtig, dass Sie uns eine Darstellung geben, was konkret in diesem begrenzten Zeitraum auf diesem Hof passiert ist.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Vielen Dank, Frau Bongers. – Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Frau Bongers, das tue ich sehr gerne, soweit die bisherigen Ermittlungen das geklärt haben.

Beide Fragen kann ich momentan nur in nichtöffentlicher Sitzung beantworten, werde bzw. wird mein Mitarbeiter das aber tun.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Herr Wolf.

**Sven Wolf (SPD):** Wir haben ja unterschiedliche Berichtslagen vorliegen, sowohl den Nachbericht aus der Sitzung des Hauptausschusses als auch jetzt Ihren aktuellen Bericht. Daraus ergeben sich für uns Fragen, wegen welcher Delikte derzeit die Staatsanwaltschaft ermittelt, weil es da Abweichungen zwischen den Berichten gibt, die uns aus den beiden Häusern vorliegen. Deswegen noch mal meine ganz konkrete Frage: Wegen welcher Delikte wird gegen wen ermittelt?

Ergänzend dazu eine Frage, die wir auch schon in der Sitzung des Hauptausschusses thematisiert haben. Da ging es um die Frage eines toxikologischen Gutachtens. Da

würde mich interessieren, ob das inzwischen vorliegt. Jetzt sind seit diesem sehr tragischen Vorfall inzwischen vier Wochen vergangen, sodass ich davon ausgehe, dass man mit Hochdruck daran arbeitet, diese Frage zu klären. Deswegen würde ich Sie heute bitten, uns diese Frage zu beantworten.

Ich habe noch eine weitere Frage. Der Einsatz der MP 5 durch einen der Polizeivollzugsbeamten ist ja die zentrale Frage, die im Mittelpunkt der Ermittlungen steht. Der Inspekteur der Polizei hat uns in der Sitzung des Hauptausschusses die Handgriffe gezeigt und sehr deutlich gesagt, dass das Umstellen der MP 5 von Einzel- auf Dauerfeuer durch zwei Handgriffe sehr bewusst als Handlung vorgenommen werden muss. Auch da die Frage, wie da der Stand der Ermittlungen ist, ob Sie sagen können: War die Waffe auf Dauerfeuer oder auf Einzelfeuer eingestellt?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Wolf, vielen Dank. – Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Herr Abgeordneter Wolf, welche Vorwürfe gegen wen erhoben worden sind, da verweise ich auf Seite 2 des heutigen Berichtes. Es ist mein aktueller Sachstand, dass sich gegen fünf Polizeibeamtinnen und -beamten des Polizeipräsidiums Dortmund das Ermittlungsverfahren richtet. Gegen den, der von der Schusswaffe Gebrauch gemacht hat, wird wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt. Die Prüfung, ob er des Totschlags verdächtig ist, dauert an. So ist meine aktuelle Berichtslage.

Zweitens bis Viertens. Gegen die Polizeibeamtin, die das Reizstoffsprüngerät verwendet und den Jugendlichen mit Reizstoff besprüht hat, sowie gegen die Polizeibeamtin und gegen den Polizeibeamten, die das Distanzelektroimpulsgerät gegen den Jugendlichen eingesetzt haben, sind Ermittlungen jeweils wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt eingeleitet worden.

Fünftens. Gegen den polizeilichen Einsatzleiter, der den Einsatz des Reizstoffsprüngeräts angeordnet und auch weitere Anordnungen zum Einsatzablauf getroffen hat, wird wegen Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung im Amt und anderem ermittelt.

Das ist mein Stand, den ich habe. Meinen aktuellsten Stand haben wir heute in den schriftlichen Bericht aufgenommen.

Zur nächsten Frage: Zum toxikologischen Gutachten ist uns noch nicht berichtet worden. Das Ergebnis wird schon vorliegen.

Ich habe keine aktuelle Berichtslage, ob die MP 5 auf Dauerfeuer oder Einzelfeuer gestellt war. Auch das ist noch Gegenstand der Ermittlungen.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Eine Zwischenfrage von mir: Frau Bongers hat eben danach gefragt, ob Sie den zeitlichen Ablauf darstellen könnten, wie sich das Ganze zugetragen hat. Daraufhin wurde gesagt, in nichtöffentlicher Sitzung. Wenn man die heute ausgestufte Unterlage 18/85 nimmt, dann lässt sich daraus ja der zeitliche Ablauf herleiten. Die Frage, die sich stellt: Gibt es darüber hinaus etwas, was zu der Vertraulichkeit führt? – Herr Dr. Burr.



**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, in der Tat, die hausinterne Vorlage des IM ist ausgestuft worden. Aber die aktuellen Erkenntnisse zum zeitlichen Ablauf des Polizeieinsatzes, dazu – das sehen Sie mir bitte nach – kann nur in nichtöffentlicher Sitzung berichtet werden.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Vielen Dank. Das ist einleuchtend. – Weitere Fragen? – Frau Bongers.

**Sonja Bongers (SPD):** Herr Dr. Limbach, lässt der aktuelle Ermittlungsstand Rückschlüsse darüber zu, ob der getötete Jugendliche im Zeitpunkt des Eintreffens der Polizei eine konkrete Gefahr für andere darstellte?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Bongers, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrte Frau Bongers, die von Ihnen gestellte Frage zielt auf eine Bewertung ab, die nach meinem Dafürhalten erst bei Abschluss der Ermittlungen, gegebenenfalls auch erst durch ein unabhängiges Gericht getroffen werden kann. Im nichtöffentlichen Teil werde ich aber diejenigen Aspekte, die für eine vorläufige Bewertung hilfreich sein könnten, vortragen.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Frau Hanses, bitte.

**Dagmar Hanses (GRÜNE):** Ich habe mich quasi seit fünf Jahren auf diesen Tag gefreut. Es ist wirklich eine Ehre, wieder hier sitzen zu dürfen. Umso schrecklicher ist aber der Anlass, warum wir heute hier sitzen.

Wir können nachvollziehen, dass Abgeordnete Fragen haben. Es ist wirklich ein schreckliches Ereignis, dass, wenn junge Menschen zu uns kommen, fliehen und das mit so viel Hoffnung und Wünschen verbinden, diese aus ihrem Leben gerissen werden. Das macht mich betroffen und traurig. Deshalb ist es gut, wenn wir hier in öffentlicher Sitzung über den aktuellen Stand informiert werden und sicher sein können, dass die unabhängige Justiz ermittelt und die Staatsanwaltschaften konsequent allen Informationen nachgehen und ein gutes Verfahren finden. Denn das ist wichtig. Wir haben ein großes Vertrauen, ein abstrakt hohes Vertrauen in den Rechtsstaat, aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass das auch in allen Bevölkerungsgruppen so ist oder so wird oder wieder wird. Ich mache mir große Sorgen, dass es in manchen Teilen unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Da müssen wir Anwältinnen und Anwälte für den Rechtsstaat sein und dafür werben. Das ist uns ein großes Anliegen.

Die Frage, die ich habe, bezieht sich auf den ersten Bericht, den wir letzte Woche aus dem Ministerium erhalten habe, wo der Leitende Oberstaatsanwalt schreibt, dass es möglicherweise einen unverhältnismäßigen Einsatz der Polizei gegeben hat. Da ist meine Frage an den Minister: Wie schätzen Sie die Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Handelns ein?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Hanses, vielen Dank. – Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Frau Abgeordnete Hanses, ich kann das anhand meiner Berichtslage weder verifizieren noch falsifizieren. Nach meinem Eindruck handelt es sich bei der von Ihnen angesprochenen Äußerung des Staatsanwalts nicht um die Mitteilung einer Tatsache, sondern um eine vorläufige Bewertung. Dementsprechend ist der Staatsanwalt mit den zutreffenden Worten zitiert worden. Die endgültige Bewertung der Strafbarkeit bleibt immer dem Abschluss der Ermittlungen vorbehalten. Ich ergänze diese Äußerung im Lichte der Unschuldsvermutung, die ich schon erwähnt habe, dahingehend, dass gegebenenfalls nicht nur der Abschluss der Ermittlungen, sondern auch die Feststellung eines unabhängigen Gerichts abzuwarten ist, weswegen ich keine Bewertung heute abgebe.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Herr Wolf, dann Herr Ganzke.

**Sven Wolf (SPD):** Herr Minister, ich will jetzt aber trotzdem noch mal zu dem Gutachten und dem Stand nachfragen. Jetzt sind vier Wochen Zeit ins Land gegangen. Können Sie noch mal erläutern, warum bis zum heutigen Tag dazu noch kein Ergebnis vorliegt? Gibt es Schwierigkeiten, eine Rechtsmedizinerin zu finden, die die entsprechenden Untersuchungen macht? Vielleicht können Sie das noch mal erläutern.

Dann haben Sie bedauerlicherweise meine Frage zu der Maschinenpistole nicht beantwortet, oder ich habe die Antwort überhört.

(Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Doch, die hat er beantwortet!)

Dann will ich noch mal hinweisen auf den Unterschied in dem Bericht des Ministers des Innern und Ihrem Bericht. Ich beziehe mich da auf die Vorlage 18/78, also auf den Bericht vom 1. September. Da ist ja diese Einschränkung nicht so formuliert, wie Sie sie vorgetragen haben, was den Tatverdacht Totschlag angeht. Vielleicht können Sie das noch mal erläutern. Oder es ist vielleicht auch so zugespitzt formuliert worden, dass dadurch natürlich in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, jetzt wird auch wegen Totschlags ermittelt. Ist denn den Tatverdächtigen inzwischen eine Erweiterung der Delikte eröffnet worden?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Wolf, vielen Dank. – Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Bezüglich der Maschinenpistole wiederhole ich das, was ich gesagt habe: Meine Berichtslage gibt im Moment nichts darüber her, ob die Maschinenpistole auf Einzelfeuer oder Dauerfeuer gestellt war. Dazu kann ich im Moment nichts sagen.

Zum toxikologischen Gutachten gebe ich an Herrn Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Ich trage gerne ergänzend vor, auch zu der Frage des Tatverdachts, obgleich Herr Minister auch dazu bereits vorgetragen hatte.

Die Dauer einer Gutachtenerstellung ist stets unterschiedlich. Ich kann auch nicht erkennen, dass das toxikologische Gutachten im Mittelpunkt der Ermittlungen stünde. Weshalb ein Ergebnis noch nicht vorliegt bzw. ein solches Ergebnis uns noch nicht berichtet worden ist, vermag ich letztlich nicht zu sagen.

Was die Frage eines Anfangsverdachts des Totschlags anbelangt, stelle ich ausdrücklich und nochmals klar, dass dieser Anfangsverdacht bislang nicht bejaht worden ist, sondern dass die dementsprechende Prüfung, ob ein solcher Anfangsverdacht vorliegt oder nicht, noch andauert. Das ist jedenfalls unsere Berichtslage.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Herr Ganzke.

**Hartmut Ganzke (SPD):** Sehr geehrter Herr Minister, als jemand, der schon längere Zeit in diesem Rechtsausschuss sitzen darf, ist es wohltuend, wenn der Minister hier mitteilt, dass, bevor wir uns über irgendwelche Sachen unterhalten, die Sachverhaltsaufklärung an erster Stelle steht. Deshalb muss ich auch als Jurist, der lange als Strafverteidiger tätig war, sagen, dass das die genau richtige Vorgehensweise ist. Vor dem Hintergrund habe ich eine konkrete Nachfrage, weil mir nicht klar ist, warum Sie mit der Entscheidung, einige Informationen – ich werde es gleich ganz klar belegen – nur im nichtöffentlichen Teil geben zu wollen, meiner Ansicht nach entgegen dem, was Sie gerade gesagt haben, nämlich eine konkrete Sachverhaltsaufklärung, diese Chance nicht wahren. Ich will Ihnen sagen: Wenn man zehn Jahre im Rechtsausschuss sein darf, dann wird man immer wieder überrascht. Ich muss sagen, dass eine Ausstufung von Materialien, die wir vorher im geheimen Bereich gesehen haben und dann in den öffentlichen Bereich kommen, auch nicht jeden Tag der Fall ist.

Das als Einleitung will ich Ihnen folgende Frage stellen: Wenn in diesem Bericht minutiös darüber diskutiert wird bzw. ausgeführt wird, wann einzelne Funkstreifenwagen um welche Uhrzeit das Objekt in Dortmund erreicht haben, und Sie das öffentlich machen, dann frage ich mich, warum die relativ einfache Frage, wann der tödliche Schuss gefallen ist, wann die Schussabgabe gewesen ist, nur in einem nichtöffentlichen Teil beantwortet werden kann. Ich jedenfalls bin der rechtlichen Ansicht, dass damit ein Ermittlungserfolg bzw. Ermittlungsergebnisse nicht gefährdet werden können.

Zweite Anmerkung, die ich konkret mache: Wenn ich in dem Bericht sehe, dass über die anwesenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in verschiedener Art und Weise mitgeteilt wird, dass sich zwei auf dem Innenhof befanden, möglicherweise drei hinter einem Zaun befanden, dann frage ich mich, warum wir nicht in öffentlicher Sitzung fragen können, wie viele Polizeibeamte konkret auf dem Innenhof waren, wie viele Polizeibeamte sich konkret außerhalb des Hofes befanden.

Nächste Frage: Wenn ich sehe, dass in diesem Bericht darüber gesprochen wird, dass der im Endeffekt getötete junge Mann sich neben einem Auto gekauert hat, welches sich im Innenhof befand und ein Smart gewesen ist, und ich im Laufe des Berichtes lese, dass Polizeibeamte insoweit längere Zeit brauchten, um an dem Auto vorbeizu-

kommen, dann stellen sich natürlich auch für die Sachverhaltsdarstellung von mir im öffentlichen Bereich Fragen: Gab es noch mehr Fahrzeuge, die im Innenhof standen? Sprechen wir nur über diesen Smart, der da war?

Deshalb noch mal die konkrete Frage, was der Grund dafür ist – vielleicht kann es aber auch sein, dass ich ihn nicht verstanden habe –, dass alle diese Antworten nur in einem nichtöffentlichen Teil und nicht hier in öffentlicher Sitzung gegeben werden können.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Ganzke, vielen Dank. – Es antwortet der Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Das Problem ist: Diese Frage kann ich Ihnen nur im nichtöffentlichen Teil beantworten, aber dann werde ich das machen.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Frau Bongers.

**Sonja Bongers (SPD):** Herr Minister, in dem eben benannten Bericht vom 1. September gibt es einen Textpassus, der lautet:

„Der Tatort wurde in Augenschein genommen; eine genaue Vermessung wurde veranlasst. Das Geschehen wurde nachgestellt.“

Deswegen jetzt meine konkrete Frage: Wie war die Abmessung des unmittelbaren Tatorts? Welchen Bewegungsradius hatte das Opfer, also wie viele Meter lagen zu Beginn des Einsatzes zwischen den Polizeibeamten und dem Jugendlichen?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Bongers, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Soweit ersichtlich verhält sich unsere Berichtslage zu den konkreten Entfernungen, also Meterangaben, nicht.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Eine Zwischenfrage von mir, danach kommen Frau Müller-Witt und Herr Wolf dran.

Ist der Mitschnitt dieses Notrufs, der aufgezeichnet wurde, mittlerweile ausgewertet? Gibt es dazu Erkenntnisse, die in öffentlicher Sitzung mitgeteilt werden können?

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Herr Vorsitzender, nach unserer Berichtslage dauert die Auswertung an.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Frau Müller-Witt.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre geduldige Beantwortung. Sie sagten gerade, dass Sie nicht so ganz einordnen können, warum wir so dringend auf das toxikologische Gutachten warten. Im Gesamtzusammenhang ist es für uns ja schon interessant, wenn man sich die Entwicklung dieses Falls anschaut. Dieser

junge Mann war psychisch krank, hat möglicherweise entsprechende Medikamentierung gehabt oder andere Substanzen zu sich genommen, was ja möglicherweise Auswirkungen auf die Wirkung von Einsatzmitteln hatte, wie zum Beispiel das Reizgas oder andere. Das ist ja schon im Ablauf von Bedeutung. Insofern wollte ich das noch mal sagen, weswegen es für uns sehr drängt, Erkenntnisse mitgeteilt zu bekommen.

Meine Frage wäre: Wenn man sich diesen Ort anschaut, dann stellt man fest, dass es nicht ein Ort ist, der von schlichten Mauern umgeben ist. Da sind Einblickmöglichkeiten über Fenster und sonst etwas. Wir erleben überall, dass es immer diese unschönen Ergebnisse gibt, dass Menschen hingehen, weil jeder sein Mobiltelefon hat, und solche Vorgänge, sei es Unfälle oder andere Dinge, filmen. Ist man systematisch hingegangen und hat man geschaut, ob es Aufnahmen von Dritten gibt, und hat man versucht, diese Aufnahmen von Dritten in die Hände zu bekommen, um diese auszuwerten?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Müller-Witt, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrte Frau Abgeordnete Müller-Witt, es war nicht der Minister, sondern ich war es, der darauf hinwies, dass mutmaßlich das Ergebnis des toxikologischen Gutachtens nicht im Mittelpunkt der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen steht. Das bedeutet aber keinesfalls, dass es nicht von Interesse ist. Ich verstehe auch Ihr Interesse. Am Rande bemerkt: Auch ich bin am Ergebnis interessiert. – Nur liegt uns das Ergebnis schlicht und ergreifend noch nicht vor. Deshalb können wir Ihnen darüber nicht berichten.

Aufnahmen Dritter sind uns nicht berichtet worden, aber, ich glaube, Sie können davon ausgehen, dass die akribischen Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden sich auch auf diesen Aspekt erstrecken.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Bevor Herr Ganzke und Herr Wolf eine Frage stellen, habe ich eine Frage. Herr Dr. Burr, Sie haben gerade gesagt: Sie können davon ausgehen, dass ... Die Frage ist, wissen Sie, ob danach gefragt wurde, oder wissen Sie nicht, ob danach gefragt wurde?

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Nein, ich weiß das nicht. Sonst hätte ich das offengelegt.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Vielen Dank, Herr Dr. Burr. – Herr Wolf, dann Herr Ganzke.

**Sven Wolf (SPD):** Wie viel Zeit verging zwischen dem Notruf und dem Eintreffen der Beamten, und wie lange ist dieser Tonmitschnitt, der ausgewertet wird? Können Sie dazu etwas sagen?

Dann habe ich in dem Bericht gelesen, dass das Bundeskriminalamt zu den Ermittlungen hinzugezogen ist. Können Sie uns sagen, welchen Ermittlungsbeitrag das Bundeskriminalamt leistet?

Das sind im Wesentlichen meine Fragen.

Vielleicht noch mal zu der Frage der Maschinenpistole: Können Sie mitteilen, wann diese Frage, die ja scheinbar im Mittelpunkt der Ermittlungen steht, abgeschlossen ist, wann die wahrscheinlich kriminaltechnische Untersuchung abgeschlossen ist, wann die Frage, wie die Maschinenpistole beim Abfeuern eingestellt war, beantwortet werden kann?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Wolf, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wolf, zunächst Ihre Frage nach dem genauen zeitlichen Ablauf: Das entsprach der Eingangsfrage von Frau Abgeordnete Bongers. Herr Minister hatte insoweit auf den nichtöffentlichen Teil verwiesen. Das tue ich auch.

Der Tonmitschnitt ist nach der Berichtslage jedenfalls bis einschließlich der Schussabgabe erfolgt und gesichert und wird derzeit durch das Bundeskriminalamt ausgewertet. Aus meiner Berichtslage kann ich jetzt nicht erkennen, dass an das Bundeskriminalamt ein weiterer Auftrag erfolgt ist als eben diese Auswertung des Tonmitschnitts.

Schließlich vermag ich eine Prognose darüber, wann die Ermittlungen hinsichtlich des von Ihnen angeführten Teilaspektes, Sicherung, Sperrfeuer, Dauerfeuer etc., abgeschlossen sind, nicht zu treffen.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Frau Bongers, Herr Ganzke hat übertragen.

**Sonja Bongers (SPD):** Laut des Berichts des Leitenden Oberstaatsanwalts in Dortmund vom 9. August fertigte eine Polizistin am Abend des 8. August eine Strafanzeige gegen den Verstorbenen wegen Bedrohung. Um wie viel Uhr wurde die Anzeige gefertigt, und um wie viel Uhr wurde der Tod festgestellt?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Bongers, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Beide Fragen kann ich anhand der Berichtslage nicht beantworten. Dafür bitte ich um Nachsicht.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Erlauben Sie eine Zwischenfrage von mir? Dann ist Herr Ganzke dran.

Der Einsatz von Pfefferspray ist ja dokumentiert auch aus der Berichtslage. Meine Frage: Ergibt sich aus der Berichtslage denn, dass deeskalierende Maßnahmen im Vorfeld ergriffen wurden? Wenn ja, welche?

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir, dass ich auch insoweit auf den nichtöffentlichen Teil verweisen muss.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Herr Ganzke.

**Hartmut Ganzke (SPD):** Zu der Frage, die die Kollegin Bongers gerade gestellt hat, die Frage: Verhält sich irgendein Bericht dazu, ob die Anzeigenerstatterin, die Polizeibeamtin, eine Teilnehmende des Einsatzes war, oder ob die die Anzeige erstattende Polizeibeamtin nicht an dem Einsatz teilgenommen hat? Können Sie dazu etwas sagen, oder sagen Sie, das kann auch im nichtöffentlichen Teil gemacht werden?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Ganzke, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter Ganzke, dazu kann ich weder im öffentlichen Teil noch im nichtöffentlichen Teil Angaben machen, und zwar deshalb, weil ich sie einfach nicht machen kann. Es ist nicht bekannt.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Müller-Witt.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Herr Minister, der Verstorbene war ja ursprünglich auf der Polizeiwache erschienen und hatte seine suizidalen Absichten mitgeteilt, war dann in die Klinik eingewiesen worden nach Rücksprache mit der Jugendeinrichtung, und dann wurde er wieder aus der Klinik kurzfristig entlassen. Gibt es irgendwelche fachlichen Einschätzungen aus der Klinik, warum sie ihn so spontan nach kurzem Aufenthalt von einem halben Tag entlassen haben, und mit welcher Prognose? Wenn so jemand kommt, ist das ja schon eine besondere Situation.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Müller-Witt, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrte Frau Abgeordnete Müller-Witt, dazu werde ich gerne im nichtöffentlichen Teil vortragen.

Währenddessen habe ich festgestellt, dass es durchaus nach der Berichtslage einen Zeitpunkt gibt, zu dem der Tod des Geflüchteten festgestellt worden ist, nämlich an dem Tag um 18:02 Uhr. Ich bitte ein wenig um Nachsicht, dass ich die Fragen ... Ich versuche, sie nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten, aber nicht immer gelingt das präzise. Das wollte ich gerne nachreichen

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Frau Bongers.

**Sonja Bongers (SPD):** Herr Minister, die Thematik der Bodycams ist ja immer in gewisser Weise auch eine Frage der Abwägung von Interessen und von Persönlichkeitsrechten. Liegt inzwischen eine rechtliche Bewertung seitens der Landesregierung vor, ob der Einsatz von Bodycams bei einem Polizeieinsatz im Zusammenhang mit einem möglichen Suizid unter den Kernbereich privater Lebensgestaltung fällt und ob dieser mit dem grundrechtlich verhältnismäßig wäre.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Bongers, vielen Dank. – Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Weil das etwas Ressortübergreifendes ist, bitte ich Sie, Frau Bongers, um Verständnis. Der Einsatz von Bodycams betrifft allein die polizeiliche Sachbehandlung und damit das Innenressort. Aus Sicht des Justizressorts kann ich dazu nicht Stellung nehmen. Das gehört in die Zuständigkeit des Innenressorts.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Erlauben Sie mir eine Zwischenfrage: Sehen die Dienstvorschriften zur Abwendung eines Suizids den Einsatz von Pfefferspray, Taser oder Schusswaffe vor?

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, dazu kann ich der Berichtslage nichts entnehmen.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Herr Ganzke.

**Hartmut Ganzke (SPD):** Ich möchte noch einmal Bezug nehmen auf den Bericht vom 01.09.2022, den das Justizministerium an die Mitglieder des Rechtsausschusses und an die Mitglieder des Innenausschusses gegeben hat. Auf Seite 7 ist durch das Justizministerium berichtet worden:

„Dass der Getötete von diesen“

– gemeint sind die Polizeibeamten –

„zum Weglegen des Messers aufgefordert wurde, haben die Ermittlungen nicht ergeben.“

Jetzt sind wir ja schon einige Zeit weiter. Ich frage ganz konkret: Haben Sie dort eine neue Berichtslage, haben Sie dort neue Informationen, oder ist das, was Sie am 1. September geschrieben haben, auch noch die Berichtslage heute?

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Auch das fällt leider in den nichtöffentlichen Teil.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Herr Wolf.

**Sven Wolf (SPD):** Ich will daran anknüpfen, kann mir die Antwort zwar denken, aber trotzdem möchte ich die Frage ausdrücklich stellen.

Haben die Ermittlungen inzwischen ergeben, in welchen Sprachen die Polizeivollzugsbeamten das Opfer angesprochen haben? Ist auch inzwischen bekannt, was sie konkret zu dem Opfer gesagt haben?

Dann stand ja die Frage im Raum, ob man auch anwesende Betreuer aus dem Wohnhaus hätte hinzuziehen können, die eventuell auf Französisch das Opfer hätten ansprechen können.



Eine Frage habe ich noch. Die ist eher eine politische, geht also an Sie, Herr Minister. Herr Minister Reul hatte ja in der Sitzung des Hauptausschusses angekündigt, dass man sich die Frage der ausreichenden Neutralität bei den Ermittlungen stellt. Da würde mich interessieren: Gibt es inzwischen zwischen Ihnen und Ihrem Kollegen Herrn Reul Absprachen oder Gespräche über die Frage, ob die Neutralität bei den Ermittlungen dadurch gewahrt wird, dass eine benachbarte Kreispolizeibehörde die Ermittlungen führt, also die Staatsanwaltschaft mithilfe der Kreispolizeibehörde?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Wolf, vielen Dank. – Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Die ersten beiden Fragen, Herr Wolf, können wir nur im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Geht es Ihnen bei der zweiten Frage um die Neutralität der Polizeibehörde Recklinghausen?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Wolf.

**Sven Wolf (SPD):** Es ist ungewöhnlich, dass die Regierung dem Abgeordneten Fragen stellt. Aber ich will, wenn das hilft, erläutern, was ich meine. Der Minister des Innern hat in der Sondersitzung des Hauptausschusses am 23.08. angekündigt, dass das Thema der Neutralität der polizeilichen Ermittlungen geprüft werden soll und man Vorschläge machen möchte. Meine Frage an Sie als Minister der Justiz ist: Gibt es oder gab es bereits oder ist geplant Gespräche zwischen Ihnen und Ihrem Kollegen Reul über diese Frage nach vorne gerichtet, die Frage der Neutralität anders zu organisieren?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Erstens hat es ein solches Gespräch über diese Frage zwischen Herrn Reul und mir nicht gegeben.

Die Frage, welche Polizeibehörden zuständig sind, ist nach meinem Dafürhalten – ich gucke meinen Abteilungsleiter an – Zuständigkeit des Innenressorts.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Herr Esser.

**Klaus Esser (AfD):** Sehr geehrter Herr Minister, Ihrem Bericht vom heutigen Tage ist auf Seite 7 zu entnehmen, dass das Amtsgericht Mainz über den Getöteten am 24.05.2022 eine Vormundschaft anordnete und einen Amtsvormund bestellte. Das ist ja aufgrund des jugendlichen Alters, in dem der später Getötete in unser Land kam, nichts Ungewöhnliches. In dem Zusammenhang die Fragen, ob mit diesem Amtsvormund in Rheinland-Pfalz das Gespräch gesucht wurde oder ob es aus Rheinland-Pfalz Erkenntnisse über Therapien oder irgendwelche psychologischen Auffälligkeiten gab

und ob grundsätzlich Bezugspersonen aus dem Umfeld des Getöteten aus Rheinland-Pfalz hinzugezogen wurden.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Esser, vielen Dank. – Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter Esser, dazu verhält sich unsere Berichtslage nicht.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank. – Eine Zwischenfrage von mir: Ist aus der Berichtslage ersichtlich, dass der getötete Senegalese überhaupt verstanden hat, warum er angesprochen wurde und mit welchem Ziel?

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Herr Vorsitzender, das ist aus der Berichtslage nicht klar erkennbar. Ich glaube, das auch erläutern zu können, denn was der später Getötete wahrgenommen hat und verstanden hat, hat er ja nun einmal leider nicht mehr selbst erläutern können. Das ist eine Vermutung, was er verstanden haben könnte und was nicht. Woraus sich diese Vermutungen speisen, werde ich im nichtöffentlichen Teil vielleicht ein wenig näher aufhellen können, aber – noch mal – ganz klar ist das aus der Berichtslage nicht abzuleiten.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, hier eine kurze Nachfrage: Warum kann man Vermutungen über das, was möglicherweise der Getötete verstanden oder nicht verstanden hat, nicht in öffentlicher Sitzung bekannt geben?

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, wie auch Herr Minister gerade kenntlich gemacht hat, können wir die Gründe dafür, weshalb bestimmte Teile des Berichts der Staatsanwaltschaft nur in nichtöffentlicher Sitzung erörtert werden können, ebenfalls nur in nichtöffentlicher Sitzung darlegen, und das werden wir gerne tun.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Trotzdem noch mal eine Nachfrage: Das ist nachvollziehbar, soweit es den Bericht der Staatsanwaltschaft aus laufenden Ermittlungen angeht. Es ging ja vorliegend um die Frage, welche möglichen Vermutungen bestehen, was er hätte verstanden haben können.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Und nochmals meine Antwort, Herr Vorsitzender, mit der Bitte um Nachsicht: Ich werde das im nichtöffentlichen Teil der Sitzung näher darlegen können, aber vermutlich auch dann nicht erschöpfend beantworten können aus faktischen Gründe, nicht aus anderen.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Das habe ich verstanden. Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Frau Müller-Witt.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Herr Minister, noch mal eine Frage, um mir ein Bild zu verschaffen von der Situation. Laut Vorlage 18/78 ist bereits zu Einsatzbeginn ein Rettungswagen alarmiert worden. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie „Einsatzbeginn“ definiert wird. Ist damit das Eintreffen der Beamten gemeint oder die erste Anwendung von physischem Zwang?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Frau Müller-Witt, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Ich gehe davon aus, dass Ersteres der Fall ist, ohne das verlässlich mitteilen zu können.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Vielen Dank. – Herr Wolf und Frau Bongers. Herr Wolf zuerst.

**Sven Wolf (SPD):** Zu der Frage, die ich Ihnen, Herr Minister, gerade gestellt habe, habe ich jetzt eine ergänzende Frage: Wie ist denn Ihre Meinung dazu? Mich interessiert Ihre Meinung als Minister der Justiz. Bezüglich der Staatsanwaltschaft Nordrhein-Westfalen – das ist der Grundsatz, den wir Juristinnen gemeinsam immer lernen, die unabhängigste oder objektivste Behörde der Welt zu sein – hat Herr Minister Reul in der Sondersitzung des Hauptausschusses ja eine Frage aufgeworfen, nämlich die Frage der Neutralität noch mal zu erörtern. Ist das auch Ihre Meinung, dass man das tun sollte?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Wolf, sollen wir die Frage nicht zuerst beantworten lassen? Danach können Sie weiter fragen.

**Sven Wolf (SPD):** Gerne.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Vielen Dank. – Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** So gerne das manch ein Minister der Justiz sein mag, ist der Minister der Justiz in diesem Land nicht Justiziar der Landesregierung. Die Bewertung solch fachlicher Fragen unterfällt dem Ressortprinzip.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Vielen Dank. – Herr Wolf.

**Sven Wolf (SPD):** Ich möchte noch mal auf die Maschinenpistole und die laufenden Ermittlungen dazu eingehen. Wird im Rahmen dieser Ermittlungen auch geprüft, warum nicht ein gezielter Schuss auf ein anders Körperteil durch den Polizeivollzugsbeamten erfolgen konnte? Ist das Teil dieser kriminaltechnischen Untersuchung?

Auch da die ergänzende Frage, aber das haben Sie ja schon beantwortet, wann man damit rechnen kann.

Das waren die wesentlichen Fragen.

Vielleicht noch zu dem – umgangssprachlich – Taser: Konnte inzwischen geklärt werden – das entnehme ich ja der Berichtslage –, ob sich die Person danach noch bewegen konnte oder nicht?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Wolf, vielen Dank. – Herr Dr. Burr.

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wolf, Ihre zweite Frage betrifft Ausführungen, die ich im nichtöffentlichen Teil machen werde, wiewohl ich auch in diesem Fall nicht glaube, dass die Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt erschöpfend beantwortet werden kann.

Ihre erste Frage betrifft die Frage der Verhältnismäßigkeit und damit die Kernfrage der strafrechtlichen Ermittlungen. Auch das ist heute bereits zur Sprache gekommen. Sie können sicher davon ausgehen, dass sich die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden auf alle Aspekte der Verhältnismäßigkeit erstrecken werden.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. – Frau Bongers.

**Sonja Bongers (SPD):** Ich möchte noch einmal auf den Komplex des Notrufes zurückkommen. Wir haben ja gerade gehört und auch noch mal bestätigt bekommen, dass der die ganze Zeit aufgezeichnet wurde und jetzt ausgewertet wird. Mir stellt sich jetzt die konkrete Frage, ob der entsprechende Betreuer, der diesen Notruf tätigte, von dem Empfänger in der Leitstelle dazu angeregt wurde, das Telefonat nicht zu beenden. Oder wie kam es zu dieser Aufrechterhaltung des Telefonanrufes über die ganze Einsatzzeit?

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Bitte, Herr Minister.

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Dazu verhält sich unsere Berichtslage nicht, Frau Bongers.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Vielen Dank, Herr Minister. – Dann habe ich noch eine Ergänzungsfrage: Wie viele Zeugenvernehmungen sind bisher nach der Berichtslage durchgeführt worden?

**MDgt Dr. Christian Burr (JM):** Die genaue Anzahl der vernommenen Zeugen vermag ich Ihnen aus der Berichtslage nicht mitzuteilen. Immerhin aber, wenn ich das im Nachsatz erwähnen darf, ergibt sich aus dem Schreiben des Innenministers ein Bild davon, welche Personen als Zeugen vernommen worden sind. Natürlich sind die Ermittlungen mit dem Vernehmen dieser Beweispersonen nicht abgeschlossen gewesen, sie dauern auch gegenwärtig an, aber wie viele Personen insgesamt als Zeugen vernommen worden sind ... Dazu zählen ja nicht nur die anfänglich als Zeugen in Anspruch genommenen Polizeikräfte, sondern auch etwaige Mitarbeiter dieser Einrichtung und auch möglicherweise Nachbarn. Das ist ein dynamischer Prozess dieser Ermittlungen.

Ich nehme an, dass die Zeugenvernehmungen noch nicht abgeschlossen sind, sondern dass weitere noch folgen werden. Ich hoffe, mit meinen Ausführungen ein wenig dazu beigetragen zu haben, das Verständnis dafür zu wecken, dass diese Ermittlungen ein dynamischer Prozess sind.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Dr. Burr, vielen Dank. Davon gehen wir alle aus. – Gibt es weitere Fragen für den öffentlichen Teil? Wenn nicht, dann würden wir den nichtöffentlichen Teil anschließen. Aber Frau Bongers hat sich gemeldet für eine weitere Frage im öffentlichen Teil.

**Sonja Bongers (SPD):** Wir haben ja skizziert, wie schrecklich und wie tragisch dieser Fall ist. Wir sind aber auch hier, um in die Zukunft zu schauen und zu sehen, welche Konsequenzen man vielleicht ziehen kann. Gibt es eventuell schon im Bereich der Justiz heute Aussagen dazu, wie man solche Fälle in Zukunft besser angehen oder bearbeiten kann?

**Minister Dr. Benjamin Limbach (JM):** Wenn Sie auf den konkreten Polizeieinsatz abstellen, tut es mir leid, wieder auf die Ressorthoheit des Innenministeriums zu verweisen, das hierfür zuständig ist. Ich glaube aber, davon ausgehen zu dürfen, dass das Ministerium des Innern sowohl die vorläufigen Erkenntnisse als auch das Ergebnis der Ermittlungen akribisch auswerten und entsprechende Schlussfolgerungen ziehen wird.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil:** Herr Minister, vielen Dank.

Gibt es weitere Wortmeldungen für den öffentlichen Teil? – Das sehe ich nicht. Dann würde ich den öffentlichen Teil jetzt schließen.

Wir würden jetzt darüber abstimmen, ob ein nichtöffentlicher Teil angeschlossen werden soll. Gibt es Fragen für den nichtöffentlichen Teil?

(Zurufe: Ja!)

– Gut. Dann wird sich ein nichtöffentlicher Teil anschließen.

(Es folgen ein nichtöffentlicher und im Anschluss daran ein vertraulicher Teil; siehe nöAPr 18/10 und vAPr 18/3.)

gez. Dr. Werner Pfeil  
Vorsitzender

**Anlage**

19.09.2022/19.09.2022

2





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Rechtsausschusses  
Dr. Werner Pfeil  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf



**Sonja Bongers MdL**  
Sprecherin im Rechtsausschuss

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 68  
F 0211.884-31 60  
sonja.bongers@landtag.nrw.de

[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)

02.09.2022

### **Beantragung einer Sondersitzung des Rechtsausschusses gem. § 53 Abs. 2 GO**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantragen wir gemäß § 53 Absatz 2 GO die Durchführung einer Sondersitzung des Rechtsausschusses zu folgendem Tagesordnungspunkt:

#### **Neuer Sachstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den polizeilichen Vorkommnissen in Dortmund am 08.08.2022**

Mit der Vorlage 18/78 informiert das Ministerium des Innern über den aktuellen Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Tod eines 16-jährigen in Dortmund am 08.08.2022.

Aus dieser Vorlage ergeben sich weitere Fragen, die einer umgehenden parlamentarischen Aufarbeitung bedürfen.

Wir bitten Sie, Herr Vorsitzender, daher herzlich darum, alle erforderlichen Schritte für die Durchführung einer unverzüglichen Sondersitzung in die Wege zu leiten. Anbieten würde sich hierfür zum Beispiel eine gemeinsame Sitzung mit dem Innenausschuss am 08.09.2022.

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



Mit freundlichen Grüßen

Sonja Bongers MdL  
Sprecherin im Rechtsausschuss

Sven Wolf MdL

Elisabeth Müller-Witt MdL  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Hartmut Ganzke MdL